

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die werththätige Bevölkerung.  
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 16.

Donnerstag, den 20. Januar 1898.

9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Vom „Terrorismus der Arbeiter“.

Daß die „Scharfmacher“ mit Vorliebe die Wahrheit auf den Kopf stellen, um dann auf die von ihnen angehäuften Unwahrheiten über den „Terrorismus“ und die „Gewalthätigkeiten“ ihr Verlangen nach schärferer Bestrafung der „Streiker“ zu begründen, haben wir wiederholt nachgewiesen. Das Lügen ist den „Scharfmachern“ zur zweiten Natur geworden. Auch der „Oberscharfmacher“, König Stumm, hat wiederholt den Beweis geliefert, daß es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, wenn es sich darum handelt, den „unvorsichtigen“ Arbeitern eine auszuweisen. Auch in seiner jüngsten Reichstags-Rede hat der edle Freiherr wieder einmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Er führte zur Vertheidigung des Posadowsky'schen Geheimnisses gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter u. A. an:

„Im Saarrevolver sind beim Streit die Bergleute mit Revolvern bewaffnet gegen die Arbeitswilligen losgegangen. Aehnliche Dinge sind doch auch beim Hafnarbeiter-Streit in Hamburg vorgekommen. (Lachen links.) Wollen Sie mit Ihrem Lachen etwa sagen, daß die Arbeitswilligen auf die Streikenden geschossen haben? Das glaubt doch Niemand.“

„Nun bedarf es aber, so bemerkt treffend das „Hamb. Echo“, hier in Hamburg gar nicht des Nachweises, daß nicht die Streikenden auf die Arbeitswilligen mit Revolvern geschossen haben, sondern umgekehrt die Arbeitswilligen auf die Streikenden, trotz des königlich Stumm'schen „Das glaubt doch Niemand!“ Jedermann weiß hier, daß die Dinge thatsächlich so liegen, wie eben angeführt, und nicht so, wie der „Oberscharfmacher“ Stumm behauptet, der wieder einmal, wie schon so oft, mit verblüffender Unversfrorenheit gekunkert hat. Ein Streikender ist von einem Arbeitswilligen todgeschossen worden — und kein Staatsanwalt hat eine Hand gerührt, um den „arbeitswilligen“ Revolverhelden zur Verantwortung zu ziehen. Andere „arbeitswillige“ Revolver-Heldens, die Streikende schwer verwundet haben, sind von den Gerichten freigesprochen worden. So liegen die Dinge in Wahrheit. Was aber macht der Gewaltige von Saarabien aus diesem Sachverhalt? Der „Oberscharfmacher“ König Stumm stellt diese unzweifelhaft wahren Thatsachen direct auf den Kopf und behauptet mit der ihm eigenen Unversfrorenheit: „Die Streikenden in Hamburg seien mit Revolvern bewaffnet gegen die Arbeitswilligen losgegangen.“

Und diese, die Wahrheit in ihr Gegentheil verdrehenden Scharfmacher-Gesellen sind die Rathgeber der Regierung bei deren Action gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter! Das illustriert unsere gegenwärtigen Regierungszustände hinreichend.

### Aus dem „himmlischen Reiche“.

Der Pachtvertrag zwischen Deutschland und China soll nach Angabe französischer Blätter, trotz der Ankündigung des „Reichsanzeigers“, noch nicht endgültig abgeschlossen sein. Deutschland habe die pachtweise Ueberlassung Kiautschaus und große Gebietstheile der Umgebung auf 99 Jahre gefordert, China dagegen nur in eine Pachtung auf 50 Jahre und Ueberlassung der Bucht und ihrer Ufer gewilligt: so ständen gegenwärtig die Dinge. Die Deutschen verlangten nachdrücklich das Recht, Eisenbahnen zu

bauen und Bergwerke anzulegen, wie und wo es ihnen gut dünkt, und es heißt, China habe den Bau einer Bahn von Kiautschau nach Tsinanfu zugestanden. Die Deutschen sollen in der Ausdehnung von einer Meile auf jeder Seite des Schienenweges Bergwerke zu erhalten und den Chinesen soll erlaubt sein, Actionäre der Gesellschaft zu werden. Deutschland fordert eine Entschädigungssumme von 200,000 Taels, den Bau einer Kirche und mehrere Tausend Taels für die Familien der ermordeten Missionare.

Daß der Pachtvertrag über Kiautschau zwischen Deutschland und China noch nicht endgültig abgeschlossen ist, wird auch von der „Schles. Bztg.“ bestätigt mit dem Bemerkung, daß die formelle Ratifikation allerdings noch nicht erfolgt zu sein scheint, daß auch über Einzelheiten, namentlich über die Regelung der Verhältnisse in der Zone um das an Deutschland zu verpachtende Gebiet noch Verhandlungen schweben.

Eine neue Mission eines deutschen Missionars in China wird aus Kanton gemeldet. Bei dem Orte Langthen ist der deutsche Missionar Homeyer von der Station Namjüng der Berliner Mission beraubt und verwundet worden. Auf Veranlassung des deutschen Consuls in Kanton hat der Generalgouverneur sofort drathlich die nöthigen Maßnahmen zur Sühnung des Vorfalles getroffen.

Wie der Kuhhandel gemacht wird. Vor Kurzem erwähnten wir die Schacherpolitik der polnischen Fraction. Durch die Indiscretion des Abgeordneten Kubicki erfährt man jetzt, wie solche Schachergeheißte zu Stande kommen: Als die Militärvorlage im Jahre 1893 zur Verathung stand, waren die Polen entschlossen, dagegen zu stimmen. Bald aber verlautete, die Regierung werde, wenn die Polen ihr hülfen, das Verbot des polnischen Unterrichtes aufheben. In der entscheidenden Sitzung wurde dann ein Brief vorgezeigt, der den Herren als genügende Gewähr erschien. Von wem der Brief herkam, sagte der Herr nicht. Einer der oppositionellen polnischen Mäpfer berichtet nun, der Brief war vom Grafen Caprivi an den Erzbischof Stabilewski geschrieben, denselben, der jetzt wieder in Berlin herumstapelt. Caprivi erklärte hier, er persönlich anerkenne, daß den Polen Unrecht geschehe. Der Erzbischof sandte dann das Schreiben an die Fraction, wo es „zufällig“ eintraf, als gerade die Entscheidung fallen sollte. Damit hatte Herr Caprivi die Polen im Sack. Netze Gesellschaft!

Gegen den Saccharinzoll und die Saccharinsteuer, die im Reichstage beantragt sind, ist der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ von den beteiligten Fabriken Material zugegangen. Die Saccharinfabriken machen gegen das geplante Vorgehen Folgendes geltend:

„Eine Inlandssteuer von 80 Mk. per Kilogramm bedeute eine Unterdrückung des Verbrauchs, verhindere aber auch jeden Steuerertrag. Es sei aber von der deutschen Saccharinerzeugung um so weniger eine nennenswerthe Ausbreitung auf Kosten des Zuckers zu befürchten, als die Hauptmenge des in Deutschland erzeugten Saccharins ausgeführt werde und zwar nach Ländern, die süße Fruchtlimonaden, Champagner und Liqueure in größter Menge erzeugen und zu deren Verfertigung nur das nicht gährungsfähige Saccharin verwenden. Die geringe, im Inlande verbleibende Saccharinmenge diene lediglich zur Schmelzhaftmachung leichter Biere und ersetze hierbei nicht den Zucker, sondern das Glycerin.“

Außerdem werde Saccharin in armen Industriegebieten zur Verfertigung des Surrogatkaffees solcher Bevölkerungskreise gebraucht, für die der Zuckerverbrauch sich unerschwinglich sei.“

Das Verbot ist besonders bezeichnet für die neuwäcstige Steuerpolitik. Die Prämienwirtschaft zu Gunsten der Tausen etlicher Millionäre macht weiten Kreisen eines der wichtigsten Nahrungs mittel unzugänglich, so daß sie sich mit einem für die Ernährung werthlosen Surrogat behelfen müssen. Damit die Profuschöpfung der Zuckerbarone aber nicht im Mindesten beeinträchtigt werde, will man auch noch das Surrogat vertreiben. Eine erhebende Art der Steuerpolitik!

Vom „Erbfeind“. Zwei neue russische Armee-corps sind der „Köln. Bztg.“ zu Folge an der deutschen und österreichischen Grenze in Wilna und Riem gebildet worden. Die Ueberrastung sei sehr groß, da Niemand ahnte, daß Rußland, das scheinbar in Asien England und Japan gegenüber Verwicklungen habe, in Europa eine derartige Verstärkung seiner Streitkräfte vornehmen werde. Auch die notwendigen Neubildungen an Cavallerie und Specialwaffen seien im letzten Jahre in aller Stille erfolgt. — Da kann's ja losgehen?

Eine Erklärung im Falle Fink veröffentlicht Genosse Bebel im „Vorwärts“, wie wir gestern schon kurz berichteten. Die sehr interessante Erklärung lautet wörtlich:

In der Sitzung des Reichstags am 15. December hatte ich einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Freiherrn v. Stumm, gegen den Redacteur der „Post“ Fink, als den redactionellen Ueberarbeiter des Pamphlets des Korbmachers Fischer über die Socialdemokratie, den Vorwurf der Verfälschung erhoben.

Darauf veröffentlichte ich im „Vorwärts“ vom 18. December eine Erklärung, in welcher ich ausführte, daß meine Gewährsmänner sich insofern irzten, als es sich nicht um eine Verfälschung, sondern um die Ausgabe eines schlechten Scheinhandels, von dem der Redacteur der „Post“ Fink wußte, daß er werthlos war.

Heute sehe ich mich genöthigt, meine Erklärung vom 18. December dahin zu berichtigen, daß die erste Angabe meiner Gewährsmänner richtig war und der Redacteur der „Post“ Fink sich in Chicago in mehreren Fällen der Verfälschung schuldig machte.

In einem Fall ist das betreffende Papier — ein falscher Wechsel — nebst dem amtlichen Affidavit des Geschädigten, in einem anderen Fall, die eibliche Aussage des Geschädigten nebst der amtlich beglaubigten Abschrift des falschen Wechsels in meinen Händen. Der eine der von dem Redacteur Fink Betrogenen ist der Restaurateur Herr Wm. J. Jung, 106 Randolph Str., der andere der ehemalige Wirth des Deutschen Freizeits in Chicago, Herr Theobald Heinrich, 350 Dearborn Str., beide in Chicago.

Welter ist mir die eibliche Zeugenaussage des Herrn Andreas Simon, Redacteur der „Illinois Staatszeitung“ zugegangen, welcher das Ehrenamt des Finanzsecrätars im Deutschen Freizeits in Chicago bekleidet, der über den Ausschluß Fink's aus dem Deutschen Freizeits wegen ehrenrühriger Handlungen Aufklärung giebt.

Sämtliche Actenstücke sind vom deutschen Consulat in Chicago beglaubigt.

Auf anderes schweres Anklagematerial gegen den Redacteur Fink, das mir aus anderen Städten der Vereinigten Staaten und Hamburg zugeht, gehe ich hier nicht näher ein. So weit diese Anlagen in der deutsch-amerikanischen Presse in den letzten Wochen erhoben wurden, ist auch der Freiherr v. Stumm und Herr v. Kardorff zum Theil unterrichtet worden.“

Was sagen denn die Herren v. Stumm und tanti quanti nunmehr zu ihrem Schützling Fink? Und wird die Stummpresse nunmehr ihre pöbelhaften Beschimpfungen Bebel's zurücknehmen? Welche Frage!

## Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. G. Brachvogel.

„Sei's denn“, seufzte Esmegali, als presse ihm das Gesandnis das Herz ab. — In drei Tagen reist Baron Leutrum. Es wird spät Abends geschehen, der Leute wegen. — Wohin er seinen Weg nimmt, weiß ich nicht, entweder über Stuttgart und Böblingen, oder über Leonberg und Sindelfingen, man wird es erfahren. Er hat zwar vortreffliche Pferde, aber — unterwegs bei dem neblichten Wetter ist ein Unglück so leicht geschehn!“

„Ein Unglück?“  
„Er wird überfallen und beraubt werden!“  
„Beraubt?“  
„Seiner Gemahlin!“  
Der Herzog schellte, wie von elektrischem Funken berührt, empör.

„Wer gab Dir Macht, Satan, in den Tiefen meiner Seele zu lesen? Den letzten, einzigen, verzweifeltsten Gedanken zu erfassen, der in ihr sich regt?! — Sie rauben, ja! Es giebt nur dies Eine! — Die Tugend dieser Frau ist nicht zu bengen, sie blutet, sie stirbt lieber für das Gesetz der Sitte und Ehre, als daß sie überspränge, um glücklich zu sein!“  
„So müssen Sie's, der Fürst, der über dem Gesetz steht! Was man freiwillig zögernd nie thut, ein kühner, zwingender Augenblick laßt aller Bedenken! — Die That sei mein, der Augen Euer Durchlaucht! Einmal ihm entrisßen, kann sie, wird sie zu Leutrum nie zurück wollen! — Auf was will er klagen? Auf Schuldung? Das wünscht man eben!“

Karl Eugen ging in höchster Bewegung auf und ab, der Bewegung dämonischer Freude. Für die Sehnsucht, den scheuen

Gedanken seines Herzens hatte sich plötzlich eine dienstwillige Hand, ein verschwiegener Diener gefunden.

„Du hast Helfershelfer?“  
„Bis jetzt keinen. Aber wenn ich Euer Herzoglichen Verzeihung gewiß bin, werden sich bald ein halb Duzend treuer Leute wohl finden, die nicht lange nach dem Was fragen, sondern blind dem Commando folgen!“

„Gut, gut! — Meine Verzeihung hast Du! — Ich werde selbst dabei sein, verstanden! Die Baronesse soll keinen Augenblick im Zweifel sein! O, keine Gewalt der Welt soll sie mir mehr entreißen! Morgen das Weitere! Mein Kopf brennt, — ich muß Ruhe finden, Ruhe für dies wallende Blut und dies thörichte Herz!“

Am anderen Tage, nach langem Schummer, erwachte die Durchlaucht ganz wunderbar gestärkt. Wenigstens schien es so. Er war kälter, ruhiger, — der Arzt schien selbst erstaunt. Serenissimus klagte nur über große Abspannung und lag viel auf dem Sopha.

Was Röder und Barnbühler nicht gefiel, war des Herzogs jegige scheinbare Verschlossenheit, etwas drohende. Etwas in seinem Wesen, was sie an jene Zeit der Occultate erinnerte. Es kam dem alten Grafen vor, als hätte Karl einen unheimlichen Entschluß gefaßt, über dessen Verwirklichung er brütete. So viel es möglich war, ohne ihr Mißtrauen zu verrathen, blieben Röder und Barnbühler um ihn, doch verlor sich dieser in sein Zustand, je näher die Katastrophe rückte, immer mehr. Dagegen nahm die Mattigkeit sichtlich zu, der Herzog schlief viel. Der Leibmedicus sagte, das wäre eine höchst wohlthätige Reaction der guten Natur des Herzogs, binnen wenigen Tagen würde er gesund sein.

Der Tag von Leutrum's Abreise war gekommen. Neun Uhr Abends wollte man Ludwigsburg verlassen, halb zwölf Uhr Nachts in Stuttgart eintreffen, daselbst bis sieben Uhr

Morgens rasten und über Degerloch nach Böblingen aufbrechen.

Franziska hatte ihre französische Kammerfrau entlassen und von Hornmayer einen kurzen, wehmüthigen Abschied genommen, nachdem sie zu ihrer Verhöhnung aus seinem Munde erfahren, daß der Herzog außer Gefahr sei und ihn durch Barnbühlers Mund versichert habe, er solle weder in Gehalt noch Stellung gekürzt sein. — Sie war geküßt. — Die starke Seele dieser Frau hatte überwunden, Pflicht und Ehre den Sieg erkämpft, aber ihr Herz war todt, empfindungslos, und sie ließ von den Wellen des Zufalls fortan gleichgültig ihren Lebensnachen treiben. Nur die alte Brigitte schüttelte den Kopf und war mit dem Allen schlecht einverstanden.

„'s is emol e verquettste G'schicht', herzlichstes, gnädig's Fränzle, mag's gehe wie's will!“ sagte sie heftig am Nachmittag der Abreise und sah Franziska von der Seite an. „Wie's Fränzle host en Leutrum g'zama, hab' i g'lagt, besch' is g'geht, besch' is nig! Wie's Fränzle hat den Karle Herzog g'fieh', hab' i g'meint, besch' ist der Fiecht', und besch' war a der Recht' und — und — und wann der Karle Herzog 's Fränzle recht lieb hätt', Zeigel sig, er lieh' sich's net nehme, er lieh' hme nach, er fing et's dem alte grausliche Kerle ab!“

„Ein Wort noch davon, Brigitte — und ich, ich muß Dich entlassen! Hab' ich nicht Dual genug, kannst auch Du mich noch kränken?“

„Scho gut, scho recht, i reb' la Wörtele meh!“ brummte die Alte.

Um neun Uhr ruhr die Equipage des Herrn von Leutrum aus dem Thorweg des Hotels, einen Vorreiter mit der Mundsackel voraus. Es nebelte und Alles war in saftles Grau gehüllt. Die Packwagen und Herde hatte er schon Vormittags vorausgeschickt nach Stuttgart. In der Reichstraße saßen







so ist das eine ganz gemeine Lüge. Man hätte allerdings Ursache, die Frauen und Töchter vor ihren Vätern und Vätern zu warnen. Ich habe da ein paar Lieber, die auf ihren Männerzusammenkünften gesungen wurden, die von der allerhöchsten Art sind. Ich lege sie hiermit auf den Tisch des Hauses nieder. (Geisterzeit; viele Abgeordnete stürzen sich auf diese Lieber). Solche Feste geben, wie alle bekannt, freis Veranlassung zu sittlichen Ausschweifungen; die Herren auf der Rechten wissen das vielleicht aus eigener Erfahrung. Ich erinnere an die Petition eines Frauenvereins aus dem Jahre 1890: daß Vorlesungen getroffen werden müßten, die eine Wiederkehr jener Orgien, namentlich auf dem bevorstehenden Sebanfeste, nicht mehr befürchten lassen. Ich denke, ich habe meine Angriffe von voriger Woche genügend gerechtfertigt.

Der Abg. Schall möchte ich auf seine Behauptung von der Sittlichkeit auf dem Lande auf die Schrift seines Amtsbruders Wagner hinweisen. Der behauptet, daß die Unsitlichkeit auf dem Lande nicht so öffentlich hervortrete, aber desto mehr im Geheimen; es sehe da genau so hoffnungslos aus. Meine Angaben über die widernatürliche Männerunzucht sind unwiderprochen geblieben. Herrn Lenzmann will ich erwidern, daß es den Damen gar nicht schaden könne, wenn sie über diese Dinge auch einmal etwas zu hören bekommen. Herr Strömer sagt, mir fehle das Organ, historische Thatsachen zu wägen. Das Organ, das ihm fehlt, ist das Gehirn. (Große Geisterzeit; Präsident v. Suol: Ich muß das rügen. Geisterzeit.) Luther hatte eine revolutionäre Zeit; da hat er Manches gesagt, was heute kein Socialdemokrat sagen dürfte. Die „Germania“ nahm Anstoß an zwei nackten Nixen auf einem Flottenflugblatt des Vastor Quelle, der Abg. Reichensperger an den nackten Nixen auf den damals neuen 100-Mark-Scheinen. Sie sehen: die Anschauungen sind verschieden, der Entwurf muß also nochmals an die Commission kommen. (Beifall bei den Soc.)

Abg. Zimmermann (Anti): Der Fall Fint, den der Abg. ... bezogen hat, hat mit unserem Thema gar nichts zu thun. Für seine Behauptungen über das Reglerfest in Dresden hat er sich nur auf Erzählungen berufen können. Die Dichtereien, die ich verurtheile, haben mit dem Feste nichts zu thun. Mag er doch gegen den Dresdener Reglerclub klagen, dann kann die Wahrheit geklärt werden. Ich lege nochmals gegen die Beschuldigungen Verwahrung ein.

Abg. Sebel (Soc): Es ist eine sehr bequeme Art, mir zu raten, ich solle mich tarner vor Gericht mit meinen Widersachern herumstreiten. Ich beschränke mich darauf, als Reichstagsabgeordneter hier öffentliche Mißstände zur Sprache zu bringen. Vor ein sächsisches Gericht trete ich nicht freiwillig, nachdem ich so oft unfreiwillig vor sächsischen Gerichten gestanden habe. Es liegt mir auch nichts daran, den Abg. Zimmermann zu überzeugen.

Abg. Pfeisel (natl.) stellt fest, daß der Abg. Strömer ihn falsch verstanden habe.

Damit schließt die Diskussion. Das Schlußwort erhält Abg. Spahn (Str.): Das hübsche Flugblattbild fällt meines Erachtens nicht unter den § 184, aber die „Germania“ hat darin Recht, daß ein solches Blatt Schulfinder nicht in die Hände bekommen sollten. In Sachen sind die öffentlichen Häuser von der Polizei jetzt befehligt worden.

Auf Antrag des Abg. Pfeisel geht der Bescheidwurf an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Präsident v. Suol theilt mit, daß heute der Abg. Febr. von Güttingen (Rp.) verabschiedet ist. Das Haus ehrt das Andenken desselben in der üblichen Weise.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.  
Tagesordnung: Zweite Lesung des Stats.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

### Preussischer Landtag.

Berlin, den 19. Januar.

Das Abgeordnetenhaus beendete heute die erste Lesung des Stats. Das Niveau der Verhandlungen blieb so niedrig wie an den ersten Tagen der Statssberatung. Die Opposition im Landtage ist Dank dem Dreifachwahlrecht so gut wie todt, es fehlt an Gedanten in diesem stillen Karstlande. Der Polizeiminister Febr. v. d. Rede ist dieses Hauses so sicher, daß er es nicht einmal für nöthig hält, seine Polizeibeamten gegen die außerordentlich maßvollen Angriffe in Schutz zu nehmen, die sich gegen die Uebergriffe der Schutzleute gerichtet haben. Schweigend sitzt er auf seinem Platze; die zarten Ohren, die im Abgeordnetenhaus gegen die vielen Fälle von Polizeimißthätigkeiten geredet werden, bringen ihn nicht aus seiner Ruhe. Heute beklagte sich selbst ein Nationalliberaler, Dr. Friedberg, über diese beharrliche Schweigekammer. Im Uebrigen wurde die Zeit mit Debatten über die Genußsteuer und den Katholicismus hingebacht. Aber selbst den oben Culturkampf reden fehlte es diesmal auch nur an äußerer Lebhaftigkeit. Des Centrum ist im Reichstage der Flottenverbände der Conservativen, und zum Dank werden die Herren denn auch den nationalliberalen Antrag auf Streichung des Gesundheitspostens beim Vatican nicht unterstützen. Herr Dr. Borch, der Centrumsredner, nahm sich heute des bedrohten Petitionsrechtes der unteren Beamten an und verlangte die alsbaldige Reform des Communawahlrechts. Darauf wird er wohl noch etwas warten müssen. Sonst böten die Verhandlungen nichts Bemerkenswerthes.

### Majestätsbeleidigungsprozeße.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Architekt und ehemalige Premierlieutenant Karl Bleil vor der Strafkammer in Danzig zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich in der Nacht zum 9. September v. J. in Langfuhr einer groben Beleidigung des Kaisers schuldig gemacht. Im Verhandlungstermin erklärte er, bei dem fraglichen Vorgange sinnlos betrunken gewesen zu sein. Der Gerichtshof gewann die Ueberzeugung, daß die Trunkenheit des Angeklagten nur strafmildernd in Betracht gezogen werden könne und verurtheilte B. zu drei Monaten Gefängniß, wovon 1 Monat auf die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen sei.

Beihilfe zur Majestätsbeleidigung. Auf Grund des § 21 des Preßgesetzes (Beihilfe zu einer strafbaren Handlung) wurde der Buchdrucker, iher Mag Großmann aus Seiffenmorsdorf vom Landgericht Bautzen zu 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Haft verurtheilt. In der Buchdruckerei des Angeklagten erfolgt die technische Herstellung der in Warnsdorf erscheinenden socialdemokratischen „Nordböhmischen Volksstimme“. In der Nr. 22 vom 21. October v. J. soll nun eine Majestätsbeleidigung enthalten sein, zu der Gr. durch den Druck des Blattes Beihilfe geleistet haben sollte. Die Einwendung des Angeklagten, daß er von dem Inhalt des Artikels keine Kenntniß gehabt habe, sowie die Einwendung des Vertheidigers, daß eine solche Pflicht für den Drucker bei für das Ausland bestimmten Preßerzeugnissen nicht bestehe, wurden vom Gericht nicht anerkannt. Es sprach vielmehr die Verurtheilung des Angeklagten aus und verurtheilte ferner die Unbrauchbarmachung der betr. Zeitungsnummer.

### Die kommenden Reichstagswahlen.

Die freisinnige Volkspartei stellt für Memel den bisherigen Abgeordneten Ander-Ruß wieder als Candidat für den Reichstag auf.

Nach Meldung holländischer Provinzialblätter wurde für Stuhm-Marienwerder als Candidat der vereinigten deutschen Parteien zum Reichstag Gutsbesitzer Witt-Klein-Neubau aufgestellt.

Im 13. hannoverschen Wahlkreise soll, wie aus Goslar berichtet wird, der Bund der Landwirthe ebenfalls einen eigenen Candidaten zur Reichstagswahl aufstellen. Und zwar ist der Gutsbesitzer Wrede-Söberhof bei Ringelheim als Durchfalls-Candidat auszuweisen. Dies wäre der sechste Candidat in jenem Kreise.

Im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreise (Reichenbach, Ritzberg etc.) ist von den Nationalliberalen und Conservativen für die bevorstehende Reichstagswahl der sächsische Landtags-Abgeordnete Kramer aus Kirchberg aufgestellt worden.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Socialdemokratie und Chinapolitik.

Die Beurtheilung der Haltung des „Vorwärts“ in der Frage der deutschen Chinapolitik seitens der socialdemokratischen Presse ist eine einstuimige. Bisher hat noch kein Blatt für die Stellung des „Vorwärts“ Partei ergriffen. Der hannoversche „Volkswille“ sagt:

„Diese Stellungnahme unseres Centralorgans theilen wir nicht. Daß das Dreifahren mit der gepanzerten Faust in die Eigenthümerverhältnisse des chinesischen Reiches zufällig ohne gefährliche Zusammenstöße mit anderen Staaten vor sich gegangen ist, kann für die Partei kein Anlaß sein, den ersten glücklichen verlaufenen Schritt zu einer Weltpolitik zu vergehen. Gewiß ist die Bezeugung ein Unternehmen der deutschen Capitalistenklasse und ihrer Regierung; die Arbeiterklasse ist unglücklich daran, aber sie hat doch vornehmlich für die erforderlichen Opfer und die daraus etwa noch entstehenden Folgen aufzukommen, und deshalb hat die Partei sehr wohl Ursache, die Alarmtrommel zu rühren, sowohl innerhalb als außerhalb des Reichstages. Je energischer dies geschieht, um so besser.“

Schwäbische Tagwacht: „So einfach, wie sie sich der „Vorwärts“ denkt, ist die Sache unserer Ansicht nach nicht. Unsere Partei hat wohl Ursache, die Alarmtrommel zu rühren, nachdem so ziemlich feststeht, daß die deutsche Arbeiterklasse die Hunderte von Millionen, die der capitalistische Siegeszug nach China kostet, durch neue indirecte Steuern auf Bier, Tabak etc. aufbringen soll. Und es ist jedenfalls besser, wenn sich die deutschen Arbeiter gegen die Concurrenz der chinesischen Kulis im Anzuge wehren, als wenn diese bereits im Lande sind. Die Stellung des „Vorwärts“ in dieser Frage ist uns, wie gesagt, unbegreiflich.“

Offenbacher Abendblatt: „Wir halten es für ungenügend, wenn der „Vorwärts“ meint, wir hätten der Chinapolitik gegenüber nichts weiter zu thun, als „dafür Sorge zu tragen, daß in dieser unabwiesbaren Entwicklung der Dinge die Interessen der Arbeiter geschützt und gefördert werden, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und die Verbesserung des Arbeiterstatus gegen Degeneration und sozialen Druck geschützt und durch geeignete Maßnahmen gegen die drohende Gefahr einer Concurrenz der bedürftigsten Arbeiterklasse Diktatens im eigenen Lande bewahrt werden.“ Wir sind der Meinung, daß wir gleichzeitig damit ganz energisch gegen die chinesische Politik „offenzieren“ müssen, weil sie als Colonialpolitik nur dazu dient, der Arbeiterklasse Deutschlands neue Güter und Blutsteuer aufzuerlegen. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Das muß mehr als je unsere Parole sein. Daß wir damit die Interessen der „Mandschu-Dynastie“ vertreten würden, ist doch eine völlig haltlose Redensart. Unsere Interessen vertreten wir, und darin helfen wir uns auch durch Klautschau nicht fñden.“ Die Viesfelder „Volkswacht“, die „Oberfränkische Volkstribüne“, die „Unterfränkische Volks-tribüne“, die „Burgstädter Volksstimme“ und die „Erfurter Tribüne“ stellen sich auf den gleichen Standpunkt, während einige andere Parteiblätter, sich zu der Frage noch nicht äußerten.

Sehr scharfe persönliche Formen hat mittlerweile der wegen der Chinafrage zwischen Leipziger „Vorwärts“ und „Vorwärts“ anhängende Streit angenommen. Der „Vorwärts“ hat der Redaction der „L. V.“ den Vorwurf gemacht, daß sie in einer und derselben Nummer in der ersten Beilage scharf gegen die Stellung des „Vorwärts“ polemisiert und in der dritten Beilage die Entwicklung der asiatischen Verhältnisse als so erfreulich für die Arbeiterklasse bezeichnet, wie man Uebelnachrichten vergebens in den Spalten des „Vorwärts“ suche. Unter solchen Umständen will der „Vorwärts“ an die rein sachlichen Gründe für die Polemik der „Leipz. Volksztg.“ nicht mehr glauben.

Die „Leipziger Volksztg.“ wirft demgegenüber dem „Vorwärts“ bewusste Fälschung vor. Die vom „V.“ citirten Stellen des Artikels in der 3. Beilage rühren nicht von der Redaction der „L. V.“ her, sondern entstammen der vom Genossen Calmer geschriebenen und mit seinem Namen unterzeichneten „Wirtschaftlichen Wochenschau“ der „L. V.“, für welche Calmer auch die volle Verantwortlichkeit trägt. Außer dem Verschweigen dieses wichtigen Umstandes mache sich der „Vorwärts“ dann auch der Unterdrückung einer ausschlaggebenden Stelle in dem von ihm citirten Artikel schuldig, einer Stelle, die die ganzen Ausführungen in anderem Lichte erscheinen ließe. Die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt deshalb ausdrücklich:

„Der „Vorwärts“ hat also bewußt gefälscht, er hat der Redaction die Ausführungen Calmers untergeschoben und er hat das Ausschlaggebende aus Calmers Darlegungen unterdrückt und eine rein theoretische Problemstellung abgedruckt, deren Einleitung er wohlwollend fortläßt; sie beginnt wie folgt: „Freilich läßt sich noch ein zweiter Standpunkt denken, der vielleicht eine etwas andere Stellungnahme zulassen dürfte.“

Mit dem „Vorwärts“, der so gütlich den literarischen Anstand und die elementaren Grundsätze der journalistischen Ehrenhaftigkeit verlehrt, discutieren wir hiernach nicht mehr. In den Augen aller ehrenhaften Leute ist er gerichtet.“

Wir bedauern diese persönliche, unseres Erachtens ganz unnöthige Zuspißung der Erörterung lebhaft.

(Zade der Rubrik: Politische Ueberfälle)

### Arbeiterbewegung.

Die englischen Maschinenbauer sind im Kampfe um den Achtstundentag unterlegen. Zur Beendigung des monatelangen heißen Streites wird der „Leipz. Volksztg.“ geschrieben: „Die Niederlage kam so unerwartet, wie ein plötzlich heraufziehendes Gewitter. Rein Menich hatte im Entwurfsten eine Abzweigung davon. Jeder fragte warum? Led wie kommt es so plötzlich? Es war ein Chaos von Fragen und Anfragen. Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten war, wurde festgestellt, daß die Versprechungen auf der Conferenz der Trades Unions vom 1. Januar leere Phrasen waren, denn es ist keiner Trades Union eingefallen, die 3 d. pro Mann zu bezahlen. Es kamen statt der versprochenen 15,000

Pfund Sterl. nur 1040 Pf. Sterl. ein. Dieser Punkt verbreitet ein sehr trauriges Licht.

Zweitens ist es unverantwortlich von den Führern des Streiks, daß sie auch nicht einen Laut über den Massenbestand an die Oeffentlichkeit bringen ließen. Selbst alle die, die mit dem Comitee in Verbindung waren, haben nichts davon erfahren, und so kommt es, daß noch in der letzten Woche die günstigsten Aussichten bekannt gegeben wurden. In den Versammlungen der letzten Woche wurden noch alle aufgemuntert, den Streik weiterzuführen und ruhig auszuhalten. Und nun diesen Schlag. Es ist eine Aufregung und ein Unmuth unter den Leuten, der jeder Beschreibung spottet, und es ist noch nicht abzusehen, was für Folgen dieser Streik noch nach sich zieht. Die Führung ist vollständig aufgelöst. Jede einzelne Fabrik muß sich selbst zusammenhalten und die Sache ansprechen. Bei mehreren Firmen wurde durch Deputation unterhandelt. Auch ich war mit diesem traurigen Amt beauftragt. Zur Antwort wurde uns gegeben, wir müßten mit dem Fabrikantenverein direct unterhandeln, da die Fabrikanten organisiert seien und der Einzelne nichts thun könne.

Es ist traurig für uns, die wir uns an der Sache so stark betheilig haben und officiell in jeder Firma bekannt sind. Eine Maßregelung sondergleichen wird nicht ausbleiben. Aber jeder muß sein Bestes thun, ohne zu fragen, was später folgt. Wohl ist es noch möglich, den Streik im London-East-Bezirk weiterzuführen, und an thatkräftigen Leuten soll es nicht fehlen; es ist aber dabei zu bemerken, daß es meistens Ausländer, darunter viele Deutsche, sind. Es läßt sich momentan noch nichts Genaueres über die Provinz mittheilen, da man sich unmöglich durchfinden kann. Aber sowie einigermaßen Genaueres mitgetheilt werden kann, geschieht es.

Die Fabrikanten verlangen, daß die Arbeiter auch die Bestimmungen der Conferenz vom 17. December annehmen; das heißt soviel als: Wir wollen, daß ihr Alles thut, was wir wollen.

Es ist traurig, daß die Arbeiterschaft in England im 19. Jahrhundert noch so weit zurück ist und nicht einseht, was für Folgen daraus entspringen können. Denn nicht einmal soviel Friede hatten sie, die lumpigen 3 Pence pro Woche zu bezahlen, womit der Streik gewonnen worden wäre.

Endlich wird auch der englische Arbeiter dazu kommen, das Parlament näher zu betrachten, und das wird auch ein Sieg sein, wenn der englische Arbeiter sich um Politik mehr bekümmert.

Zu bedauern ist, daß von den Führern in letzter Woche noch den Leuten so viel Sand in die Augen gestreut wurde, als wenn Alles im besten Lothe wäre, und auch den Berichtserstatlern derartige Unwahrheiten officiell mitgetheilt wurden.“

### Aus aller Welt.

Vergeltung. Auf Grund der Denunciation seiner eigenen Ehefrau war im November v. J. der in der Bernauerstraße in Berlin wohnhafte Inhaber eines blühenden Materialwaaren-geschäfts C. wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft gesteckt worden. Zu Anfang Januar wurde C. zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, welche Strafe er gegenwärtig im Plötzensee Gefängniß verbüßt. Das Geschäft ist inzwischen aufgelöst worden und der Erlös ist für die Strafprozeßkosten draufgegangen. Gestern Mittag wurden die Wirtschaftsmobilien auf erhobene Klage des Hauswirths vom Gerichtsvollzieher versteigert und auf Grund des Erkenntnisses die Ehefrau C. aus dem Wohn- resp. Geschäftsräumen eximirt. Einen Uebergruß hatte die Auction nicht ergeben und aller Mittel entblößt stand nun die Denunciantin — das Verbrechen, dessen ihr Mann für schuldig befunden wurde, datirt 4 Jahre (!) zurück — gänzlich derarmt und obdachlos auf der Straße. Das ist die rächende Nemesis!

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde in der letzten Schwurgerichtssitzung zu Halle a. S. der 84jährige Bergmann Louis Klimm aus Breden, der am 22. Juni v. J. vom Schwurgericht wegen versuchter Nothwehr unschuldig zu einem Jahr sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Der Angeklagte ist bisher unbestraft, verheirathet und Vater von 5 Kinder. Er hat ein kleines Vermögen und setzte nach seiner Verurtheilung des Möglichen in Bewegung, um seine Unschuld nachweisen zu l. Er stellte sich auch nachträglich heraus, daß zwei Frauen, die gegen ihn als Zeugen aufgetreten waren, Meineid geleistet haben.

Ein gefährlicher Fälschungsfall, der 48 Jahre alte Graveur Reinhold Kasper aus Gabelung, wurde in Reichenberg in Böhmen verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung fand man viele Fälschungen österreichischen Geldes, Süßformen, Stangen, Rohmaterial und Schmelzofen.

Kronstadt (Ungarn), 18. Januar. Zwei Waggons des aus Bukarest Abends um 7 Uhr kommenden Lastzugs entgleisten bei Sinaia. Zwei Personen sind todt, drei verwundet.

Ein blühender Maler. Das Gerich in Rom hat den deutsch-amerikanischen Bildhauer Friedrich Triebel, der sein Modell, einen alten Campagnonen, durch einen Biß in's Gesicht schwer verletzt hatte, zu einem Jahr und fünfundsiebzig Tagen Gefängniß verurtheilt. Das Modell, das in der Nothwehr den Künstler gleichfalls in's Gesicht biß, erhielt fünfzig Tage Gefängniß.

### Lokales.

Breslau, den 19. Januar 1898.

\* Die ansteckenden Kinderkrankheiten zeigen in Breslau im Monat December eine allgemeine Zunahme. Besonders trat das bei den Masern hervor, von denen 561 Erkrankungen gemeldet sind, darunter 10 Erwachsene, mit 6 Sterbefällen; es hat sich die Zahl der Erkrankungen gegen den Vormonat mehr als verdoppelt. Scharlach und Diphtheritis zeigen nur eine geringe Erhöhung. An Scharlachfieber erkrankten 85, darunter 11 Erwachsene, und starben 5; an Diphtheritis erkrankten 70, darunter 7 Erwachsene; die Zahl der Sterbefälle hat sich hier bedeutend vermehrt, auf 13. Von den einzelnen Bezirken zeigte die innere Stadt und Obervorstadt eine Abnahme, die Dhlauer- und besonders die Spreebinger-Vorstadt eine Zunahme.

\* Heber H: Breslauer Ärzte dürften folgende Notizen von Interesse sein. Nach dem neuesten „Medico-Rechnical-Kalender“ praktiziren in Breslau 408 Aerzte, die Jahresrate abgerechnet. Auf den Arzt kommen also, die Einwohnerzahl Breslaus mit 373,000 Seelen gerechnet, durchschnittlich etwa 913 Personen; auf einen Zahnarzt jedoch, deren es 30 in Breslau giebt, etwa 12,400. Wenn die ärztliche Erziehung von der Dauer der Praxis abhängt, so mag es zur Beruhigung dienen, daß unsere Stadt von der Zeit der Approbation ab gerechnet, im Durchschnitt etwa 16 Jahren in ihrem ärztlichen Berufe stehen.



